

SPD / Wahlprogramm

## **Herzlich willkommen im SPD-„Wolkenkuckucksheim“**

Die Sozialdemokraten haben ihr Wahlmanifest „Vertrauen in Deutschland“ auf einem kleinen Parteitag verabschiedet. Kernpunkte des Programms sind die so genannte Reichensteuer, die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und der Verzicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Außerdem wurde ein Elterngeld beschlossen. Die Arbeitsmarktreformen sollen trotz eines allgemeinen Bekenntnisses zu Schröders Reformkurs abgeschwächt werden. Wie das zusammenpasst?

### **Lesen Sie hier aktuelle Pressestimmen zum SPD-Wahlmanifest:**

„Es gibt einen ehernen Lehrsatz des erfolgreichen Wahlkämpfers - der von den drei P: Das Programm muss zur Person, die Person zum Programm, und das ganze auch noch zur Partei passen. Bei den Sozialdemokraten aber paßt nichts zu gar nichts. Der Kandidat nicht zum Programm, das Programm weder zur Partei noch zum Kandidaten und seiner siebenjährigen Amtszeit. Als Kanzler hat Schröder den Spitzensteuersatz gesenkt, als Kandidat soll er die Reichensteuer propagieren. Als Kanzler hat er die Bürgerversicherung mit spitzen Fingern angefaßt, als Wahlkämpfer vertritt er sie als Gegenmodell zur Kopfpauschale. Ein Wahlkampfschlager wird das nicht. Auch die Verfasser des Manifests wissen: Man setzt vorgeblich auf Sieg, tatsächlich geht es nur noch um die Abwendung einer Katastrophe“.

In: Süddeutsche Zeitung (München) vom 04.07.2005

„Mit der Wahrheit haben es die Sozialdemokraten im Wahlkampf noch nie sehr genau genommen. Vor der Wahl 1998 ließ die SPD die Bürger im falschen Glauben, Deutschland komme ohne Rentenreform aus. Vor der Wahl 2002 verlor die Partei kein Sterbenswörtchen über die später folgenden sozialen Einschnitte im Rahmen der ‚Agenda 2010‘. Das aktuelle Wahlprogramm folgt diesem Muster: Die SPD ist wieder einmal im Wolkenkuckucksheim angekommen und verspricht das Blaue vom Himmel: Reichensteuer, Bürgerversicherung, weniger Einschnitte beim Arbeitslosengeld. Vernünftige Sozialdemokraten wissen ganz genau, dass sich die bekanntlich sehr mobilen Einkommensmillionäre und Kapitalanleger von Fiskus und Krankenkassen in Deutschland nicht an die Kette legen und abkassieren lassen. Laut aussprechen mag das in der SPD allerdings derzeit niemand. Einzige Ausnahme ist Wirtschaftsminister Clement, dem dafür Respekt gebührt. Ansonsten kann der linke Flügel der SPD jetzt wieder weitgehend ungestört agieren“.

In: Handelsblatt (Düsseldorf) vom 04.07.2005

„Von ihrem einstigen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine möchte die SPD nichts mehr wissen. Seine politischen Leitideen aber feiern im sozialdemokratischen Wahlmanifest fröhliche Wiederauferstehung. Statt mit Hartz sucht die irrlichternde Partei nun ganz offenkundig ihr und Deutschlands Wohl in den Rezepten des verlorenen Sohnes. In ihrem Manifest vollzieht die SPD jetzt auch offiziell den Schwenk zurück in eine Haushaltspolitik ohne Schuldenlimits, indem sie die Konsolidierung der Staatsfinanzen von guter Konjunktur abhängig macht und sie damit auf unbestimmte Zeit aufschiebt ... So schwächen die Sozialdemokraten den Staat, den sie zu stärken vorgeben. Auch diesen Widerspruch birgt ihr Programm“.

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.07.2005

„Gerhard Schröder hatte immer eine Affinität zum Gag. Der Juso-Chef rüttelte am Zaun des Kanzleramtes, der Held der ‚Neuen Mitte‘ nahm Cohiba und Brioni als Zepter und Krönungsmantel und der angeschlagene Kanzler späterer Jahre wusste, wie er Doris,

Cousinen im Osten, den Halbbruder oder Hund Holly zur Ablenkung nutzen konnte ... Doch jetzt wird der Gag zum Programm: Die SPD gibt in ihrem Wahlmanifest den Konsolidierungskurs auch rhetorisch auf, fasst einen gesetzlichen Mindestlohn ins Auge und redet einer Reichensteuer das Wort. So viel Lafontaine wie in dem Programm unter dem Titel 'Vertrauen in Deutschland' war seit langem in dieser Partei nicht mehr! ... Das ist keine legitime Wahlkampfaktik, das ist Populismus pur. Mit ihm wird Schröder kaum die Wahl gewinnen, aber leicht sein Image zerstören“.

In: Die Welt (Berlin) vom 04.07.2005

„Von Martin Luther stammt die Feststellung, man müsse zunächst über sich selbst erschrecken, um auf den richtigen Weg zurückzufinden. Damit hat der Kirchen-Reformator den regierenden Deutschland-Reformern eine wichtige Erkenntnis voraus. Dennoch ist das Erschrecken in der SPD über die absehbare Neuwahl und die neue Linkspartei bereits groß genug, um vollends vom Weg in die Zukunft abzukommen. Der Linksruck, der mit dem Wahlmanifest seinen vorläufigen Höhepunkt findet, bedeutet nichts weniger als eine Absage an die Agenda 2010. Das neue Wunsch-dir-was-Programm erinnert an die Agenda 1998, als Schröder antrat, nicht alles anders, sondern nur vieles besser machen zu wollen. Die ruhige Hand ist wieder da. Doch sie zittert beim Versuch, den verprellten Stammwähler zu versöhnen“.

In: Leipziger Volkszeitung vom 04.07.2005

„Das alte Vorurteil, Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen, bestätigt sich in der Endphase der rot-grünen Koalition täglich neu. Für sich genommen ist gegen kaum einen der Reformvorschläge etwas einzuwenden. Im Paket allerdings addieren sie sich zu einer surrealen Wunsch-dir-was-Liste. Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das Hans Eichel einmal zum populären ‚Spar-Hans‘ aufsteigen ließ, ist verschwunden wie ein Eiswürfel in der Sonne. Auch wenn die Union im Moment keinen Deut besser ist und sich nur mit einer höheren Mehrwertsteuer aus der Finanzkrise mogeln will - der SPD fehlt es auch nach sieben Jahren an der Macht an Realitätssinn. Sauber durchgerechnet ist ihr ‚Wahlmanifest‘ nicht“.

In: Mannheimer Morgen vom 04.07.2005

„Erst verabreden und verkünden Gerhard Schröder und Franz Müntefering Neuwahlen - ohne Abstimmung in den Gremien. Dann entwerfen sie ein Program, maßgeschneidert für die Opposition – und wieder hat die Partei es nur abzunicken. Mit innerparteilicher Demokratie hat das nichts zu tun. Es erinnert eher an die Art und Weise, wie einst Helmut Kohl seine CDU dominierte. Der Unterschied: Die Christdemokraten bildeten damals einen Kanzlerwahlverein; die Sozialdemokraten taugen maximal zum Kanzlerabwahlverein“.

In: Westdeutsche Zeitung (Düsseldorf) vom 05.07.2005

„Gestern hat Gerhard Schröder gesagt, er sei sehr zufrieden mit dem Wahlprogramm seiner Partei, der SPD. Dort fordert die SPD unter anderem Mindestlöhne und eine Reichensteuer. Gerhard Schröder macht jetzt den Eindruck eines Mannes, der seinen Weg für gescheitert hält. Oder zumindest keine Kraft mehr hat, ihn weiterzugehen. Ja ganz offenbar hat er nicht einmal mehr so viel Energie, um sich davonzumachen. Er hat offenbar beschlossen, mit zu schwimmen im Strom der neuen Mehrheiten. Er will an der Spitze bleiben einer Bewegung, die er noch vor kurzem aufhalten wollte. Auf einmal soll richtig sein, was kürzlich noch für falsch erkannt worden war. Einfach so, ohne Begründung, ohne innere Einkehr, ohne öffentliche Rechnungslegung. Es ist kein Wunder, dass sich die Bürger nicht mehr auskennen mit den Herren da oben“.

In: Berliner Zeitung vom 05.07.2005

„In der SPD herrscht offenbar helle Panik: Die Parteigranden haben hastig ein ‚Manifest‘ zusammengeschustert, in dem sie das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Nach sieben Jahren Regierung fällt den Genossen offenbar wie Schuppen von den Augen, dass sie ihre Politik sozialer gestalten sollten. Mit ihrem abrupten Linksruck aber brandmarkt die Partei die Schrödersche Agenda 2010 als unsozial. Die Sozialdemokraten scheinen, nach anstrengenden Jahren des Regierens und Reformierens, wieder richtig Lust aufs Geld ausgeben zu verspüren. Woher die Mittel für ein Land, in dem Milch und Honig fließen sollen, kommen könnten, ist erstmal von zweitrangiger Bedeutung. Es sieht alles danach aus, als habe die SPD die Wahlen längst abgehakt. Sie rüstet sich für die harten Bänke der Opposition“.

In: Abendzeitung (München) vom 05.07.2005

„Eine Politik des ‚Wünsch dir was‘ ist allemal einfacher, als sich um das Machbare zu kümmern. Völlig losgelöst davon, dass diejenigen, die im Anzapfen der Reichen das richtige Rezept sehen, im Zweifel eher das Linksbündnis - mithin das Original - wählen und nicht die SPD. Es grenzt an Schizophrenie: Da betont der Kanzler als Spitzenkandidat, keine Abkehr vom harten Kurs der Agenda 2010 zulassen zu wollen und lobt zugleich das in eine andere Richtung weisende Wahlprogramm. Grotesk. Wie die Sozialdemokraten damit Glaubwürdigkeit zurückgewinnen wollen, erschließt sich nicht. Die SPD bleibt sich treu. In fataler Weise. Denn dieses Wahlmanifest ist nichts anderes als Ausdruck der inneren Zerrissenheit“.

In: Märkische Oderzeitung (Frankfurt Oder) vom 05.07.2005

„Trotzig behauptet SPD-Chef Müntefering, das populistische Wahlmanifest seiner Partei sei kein Oppositions-, sondern ein Regierungsprogramm. Das Gegenteil ist richtig. Falls die SPD das Blatt noch wenden könnte und aus einer möglichen Neuwahl als Sieger hervorginge, hätte sie ein gewaltiges Problem: Ihre milliardenschweren schönen Wahlversprechen kann sie nicht seriös finanzieren. Kostenlose Kita-Plätze und ein Jahr Elterngeld klingen verlockend familienfreundlich. Aber allein mit standortfeindlicher Reichen- und Erbenbesteuerung lassen sich die zusätzlichen Ausgaben niemals ausgleichen. Die Reduzierung der erdrosselnden Staatsverschuldung in Höhe von 1300 Milliarden Euro hat die nach links gerückte SPD offensichtlich aufgegeben“.

In: Leipziger Volkszeitung vom 05.07.2005